

4166

Landtag Rheinland Pfalz
21.12.2018 12:05
Tgb.-Nr.



*i.v.R.
27.12.18*



Rheinland-Pfalz

STAATSKANZLEI

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

An den Vorsitzenden des
Ausschusses für Europafragen und
Eine Welt
Herrn Andreas Hartenfels, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



BEVOLLMÄCHTIGTE DES
LANDES BEIM BUND UND
FÜR EUROPA, FÜR MEDIEN
UND DIGITALES

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

18. Dezember 2018

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Bénédicte Charbonnier	06131 16-4742
		benedicte.charbonnier@stk.rlp.de	

10. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 10. Mai 2017

Hier: TOP 6 Türkischer Wahlkampf in Europa

Antrag nach §76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der AfD
Vorlage 17/1173

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit übersende ich Ihnen die Berichterstattung zu TOP 6 „Türkischer Wahlkampf in Europa“ in schriftlicher Form und in 7-facher Ausführung.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

Bericht

Antrag der Fraktion der AfD nach § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT

Vorlage 17/1173

TOP 6 „Türkischer Wahlkampf in Europa“

Die Landesregierung hat die Entwicklungen und Auseinandersetzungen um türkische Wahlkampfauftritte in Europa sehr aufmerksam verfolgt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hielt Wahlkampfauftritte türkischer Politiker in Deutschland für «extrem problematisch». Die Ministerpräsidentin äußerte ihre starken Bedenken vor allem, weil die türkische Regierung Werbung in Deutschland für eine Verfassungsänderung machte, die das Ziel hat, einige einem Rechtsstaat unmittelbar zugrunde liegenden Prinzipien außer Kraft zu setzen.

Übertreibungen, Provokationen und Polemiken, wie sie im Zuge des Wahlkampfs, vor allem gegen andere EU-Mitgliedstaaten gerichtet waren, verurteilt sie und stellt sich klar hinter ihre Partner aus der EU.

Die Ministerpräsidentin traut der deutschen Demokratie umgekehrt zu, dass sie stark genug ist, mit schwierigen Meinungsäußerungen umzugehen. Zu einer freien Demokratie gehöre eben auch, dass Meinungsfreiheit garantiert werden könne.

Die letzten türkischen Parlamentswahlen fanden am 1. November 2015 statt (Wahl zur Großen Nationalversammlung). Die Wahlbeteiligung von in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen lag bei etwa 34 Prozent, das heißt, es gaben ca. 480.000 der rund 1,4 Mio. Wahlberechtigten ihre Stimme ab. Diese 480.000 Personen wählten mehrheitlich die AKP von Staatspräsident Erdoğan, mit rund 54 Prozent. Wenn man dies allerdings in Stimmen umrechnet, haben nur ca. 260.000 Wahlberechtigte ihre Stimme der AKP gegeben. Dies sind ungefähr 18,5% der in Deutschland lebenden Türkinnen und Türken. Man könnte also auch sagen, 81,5 %

der in Deutschland lebenden stimmberechtigten Türkinnen und Türken haben nicht die AKP gewählt.

Trotzdem stellt sich die Frage, was diese Menschen dazu gebracht hat, einer Partei und einem autokratischen System zuzustimmen, das sich sehr von unserer Demokratie und unserem Rechtsstaat unterscheidet. Hier müssen wir kritisch auf die Integration in den vergangenen Jahrzehnten zurückblicken. Viele türkisch-stämmige Menschen in Deutschland sind gut in die deutsche Gesellschaft integriert und bekleiden beispielsweise Berufe wie Lehrer, Polizisten, Anwälte etc., die das Teilen rechtstaatlicher Werte voraussetzen. Dennoch gibt es Anteile in der türkisch-stämmigen Bevölkerung, in der die Integration schwierig ist und bei der die plakativen Versprechungen von Präsident Erdoğan auf fruchtbaren Boden fallen können.

Dies zeigt, dass Integration ein laufender Prozess ist, der sich neuen Herausforderungen stetig anpassen muss. Hieran arbeitet die Landesregierung, denn für sie bedeutet Integration, konkrete und vor allem nachhaltige Angebote zu machen. Integration bedeutet für die Landesregierung auch, dass man in politisch schwierigen Zeiten im Dialog bleibt – wie dies regelmäßig am „Runden Tisch Islam“ der Fall ist.